

Die Halle vierteljährlich bei postamtlicher Zustellung 2,50 Mk., durch die Post 3,25 Mk., auch halbjährlich, vierteljährlich, halbjährlich und allen Bestellungen entgegenkommen.

Alle amtlichen Zeitungs-Verzeichnisse unter "Saale-Zeitung" eingetragen.

Druckerei der Schriftleitung Nr. 1140, der Angestellten-Verwaltung Nr. 175, der Ehrenamts-Verwaltung Nr. 1182.

Saale-Zeitung.

achtundvierzigster Jahrgang

werden die 6 getragenen Anzeigen bei deren Raum mit 20 Pfg., welche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in anderen Annehmlichkeiten und allen sonstigen Gebühren anzurechnen.

Ercheim täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Schriftleitung und Druck-Geschäftsstelle: Halle, G. Braunstraße 17, Nebengebäude: Markt 24.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 16. Februar 1914.

Am Bundesratsliche Staatssekretär Dr. Bischoff, Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 2 1/2 Uhr.

Das Wort begann die zweite Beratung des Reichs-111a 1023.

Der erste Titel „Staatsrecht“ lagen 3 Resolutionen vor, über die noch einem Antrag aller Parteien nach Eröffnung der allgemeinen Besprechung eine besondere Diskussion stattfinden soll.

Herr Dr. Cohn-Nordhausen (Soz.): Die Ausbeute des letzten Jahres an Reichsjustizgesetzen ist nicht gerade groß.

Der Gemeindevorsteher stellt noch immer die Bitte zusammen mit der Ausübung von Bestreunungsmaßnahmen wird noch immer aus einem sehr beschränkten Kreise entnommen.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

können wir nicht aufstellen. Es muß darauf gesehen werden, daß nicht die Prozeßkosten des kleinen Mannes vermehrt werden.

Entscheidungsprozeß nicht mehr so beruht werden sollte wie bisher, hat sich eine erhebliche Besserung dieser Verhältnisse leider noch nicht gezeigt.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

schließlich zur Annetierung von Schleswig-Holstein führen. In Nordschleswig wird eine Politik der Drangsalierung und Vergewaltigung gegen die Dänen getrieben.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

Die Besetzung der Bevölkerung sind dadurch von der Beteiligung an der Rechtsprechung ausgeschlossen, so ganz besonders die Arbeiter und Privatangestellten.

fastlich spiegelt sich die Lage der Sparfassen auch darin wieder, daß im Jahre 1912 größere Überschüsse verteilt worden sind, als im Jahre 1911. Es ist bei der Ausführungsverordnung ausdrücklich hinzugefügt worden, daß dort, wo es berechtigt erscheint, Gelderstattung eintreten kann. Nun ist verlangt worden, daß die Sparfassen an Stelle des Kurzwertes den Anschaffungswert in die Bilanz einstellen dürfen, wenn der Anschaffungswert den Marktwert übersteigt. Ich glaube, daß diesem Wunsch kaum wird stattgegeben werden können, denn:

Die Bilanz soll wahrheitsgemäß sein. Wenn wir die Kurzwerte vom Marktwert abstrahieren lassen, dann werden die Referenzen in kurzer Zeit nicht mehr vorhanden sein. Ich habe schon früher meinen Zweifel darüber geäußert, daß wir nicht in der Lage sein würden, einen solchen Wunsch Rechnung zu tragen. Der Zweck der Referenzen beruht im allgemeinen darauf, daß es verborgen bleiben muß. Deshalb ist es auch erforderlich, daß die Einstellung der Bilanzen dieses Fonds beim Marktwert erfolgt, und nicht den Jahresüberschüssen zugerechnet wird.

Hg. Samsmann (Karl.) trat für die Annahme des Antrags ein.

Hg. Dr. Krüger (Kordf. Vt.): Die Annahme und Durchführung des Antrages würde zur Folge haben, daß die Sparfassen zu falschen Bilanzen kommen. Die Sparfassen haben bei den Vorrechten, die sie genießen, allen Anlaß zu einer vorläufigen Finanzverwaltung. Sie sollen vorläufig auf diesem Gebiete sein. Wir haben erhebliche Bedenken gegen den Antrag.

Hieraus wurde die Tagesordnung auf Dienstag 11 Uhr verlesen. Aufstehend: Interpellation betreffend überflüssigen Vermögenswerten an der Dstke; Vorlage betreffend Erweiterung des Stadtkreises Dortmund.

Schluß 4 3/4 Uhr.

## Generalversammlung des Bundes der Landwirte.

Berlin, 16. Februar.

Unter Beteiligung von über 6000 Landwirten aus allen Teilen des Reiches trat heute mittag im Steinhaus des Zirkus Saitz der Bund der Landwirte zu seiner diesjährigen Generalversammlung zusammen. Der Ehrengast waren die Logen einverstanden worden. Mitten unter den Teilnehmern lagen auch viele Frauen, die vor Ertrag des Bergungslozes in einem besonderen Segment Platz nehmen mußten, und einige Offiziere in Uniform. — Ein gewaltiges Polizeiaufgebot sorgte dafür, daß der Zirkus nicht überfüllt wurde. Der Zutritt nur nach gegen Karten gestattet und zur Kontrolle der Besucherzahl wurden noch besondere Zählarten ausgegeben. Auf Grund der zahlreichen Anmeldeungen zu der Tagung hatte die Leitung von vornherein neben der Hauptversammlung an der traditionellen Beratungstische des Bundes eine Parallelversammlung im Zirkus Schumann vorgezogen. Sobald der Zirkus Saitz abgeperrt war, wurden die Versammlungsteilnehmer nach der zweiten Versammlungsstätte gewiesen, zu welcher der Weg durch Wafatstraße gekennzeichnet war.

In der Hauptversammlung im Zirkus Saitz bemerkte man u. a. die beiden Bundesvorsitzenden Freiherrn v. Wangenheim (Klein-Spang) und Dr. Kossick (Görsdorf), ferner den Bundesdirektor Landtagsabgeordneter Dr. Dieckhoff Sohn, Kammerherrn v. Döbenburg-Jahnsdorf, Chefredakteur Reichstagsabgeordneter Dr. Dertel (Berlin) und zahlreiche Führer der Provinz- und Lokalorganisationen.

Beiden Versammlungen lag folgende Resolution vor:

Die neuere innerpolitische Entwicklung in Deutschland muß den Bund der Landwirte als große Bedingung ein monarchisch gestimmter nationaler Männer mit schwerster Verantwortung erfüllen. Auf allen Gebieten der Gesetzgebung des Reiches bemerken wir eine immer weiter greifende Rückwärtsnahme auf die Stimmungen, die Wünsche und Interessen der Demokratie, die in militärischen, steuerlichen, sozialpolitischen Fragen auf das deutlichste erkennbar wird. Die Vorgänge in Zäbern und ihre Behandlung, die Verträge, die Kommandoergänzung des Kaisers und der Bundesfürsorge abzugrenzen und den Parlamentarismus zu stärken, das Übergreifen des Reiches auf die Steuerpolitik der Einzelstaaten sind die Merkmale der neuerdings eingetretenen demokratischen Entwicklung. Der Bund der Landwirte spricht demgegenüber seine feste Entschlossenheit aus, dieser für die Monarchie, für das Reich und für das gesamte Volk gleich unheilvollen Entwicklung mit aller Kraft und Entschiedenheit zu seinem Ziel entgegenzuwirken.

Der Vorsitzende Dr. Kossick (Görsdorf) eröffnete die Hauptversammlung mit einer Ansprache, in der er u. a. hieß:

Im vergangenen Jahre traten auf wirtschaftlichem Gebiete zwei Tatsachen stark hervor. Wir haben in der Landwirtschaft eine große Ernte zu verzeichnen — so sagt die Statistik —, sie ist so groß, daß sie eine Rezession genannt wird. In einzelnen Teilen Deutschlands ist sie zwar nicht so reich wie in anderen, aber wo sie hingekommen ist, sie ist ein reicher Segen. Wir haben ferner handelspolitisch ein Jahr zurückgelegt, das einen Rekord darstellt. Infolge Einjahr und Ausjahr zusammen haben ca. 21 Milliarden erreicht. Wir hatten aber leider eine obsequierende Konjunktur zu verzeichnen. Der hohe Zinsfuß und das trappe Geld verhinderten die Entwicklung. Woher kam der Geldmangel? Ja, meine Herren, die großen Banken bei uns hatten großes Interesse daran, das deutsche Geld lieber für die Auslandsanlagen als für die Inlandsanlagen zu verwenden. Das Inland mußte die hohen Zinsen zugunsten des Auslandes zahlen, und die mühseligeren Papiere des Reiches und der Bundesstaaten lanten so im Kurse, daß das deutsche Volk an diesen im vergangenen Jahre mehr verlor als an spekulativen Werten. Kostet es davon haben mit alle in Deutschland, Landwirtschaft und Industrie, Handel und Gewerbe, und auch die Arbeiter, denn es konnte den Arbeitern nicht die Arbeitsgelegenheit zur Verfügung gestellt werden, wie es sonst der Fall gewesen wäre. Schuld daran hat die Emissionspolitik der Großbanken. Die Landwirtschaft hat:

1. trotz der großen Ernte mit wachsenden Preisen zu rechnen.

Auch die Preise für unser Vieh sind gesunken, aber nicht in gleichem Maße sind die Preise zurückgegangen, die der Konsum bezahlen muß. Wir wollen uns den Rückgang der Preise als Warnung dienen lassen, daß günstige Jahre nicht dauernd bleiben. Wir wollen uns bewußt bleiben, daß gute Jahre auch einmal aufhören. Dem Landwirt hängt gar zu dicht der Himmel voller Segen. Aber wenn ich mit denke, wie die Preise, die linke Preise, die Steigerung der Preise

verfolgt hat, so fällt es auf, daß sie nicht im gleichen Maße das Eintreten der Preise verlangsamt. Wenn die Preise im wenig steigen, so kann die gesamte Devisen, die Bankiers, Tagelöhner, an der Spitze (großer Karm und Jura), nicht geringen mehr, so daß eine vernünftige Stimme überhaupt nicht mehr gehört wird. Jetzt aber, wo die Preise sinken, hat es noch niemals ein Wort dafür gefunden, daß unsere landwirtschaftlichen Erzeugnisse

einen Stillstand erreicht

haben, der zu einer Gefahr für das deutsche Volksein wird. Wir alle im Bund der Landwirte haben darauf zu achten, daß die Vorgänge in der Landwirtschaft uns nicht in große Gefahr bringen, in eine Gefahr der Ertragsumwälzung. Sie haben alle von den Mitteilungen des Staatssekretärs des Reichesamtes des Innern gehört, daß die Regierung nicht gewillt sei, die Handelsverträge, die künftigen, trotzdem die Reichsleistung anerkannt hat, daß ein Ausgleich der Handelsverträge wohl nötig wäre, und daß

eine Ergänzung der Tarife wohl wünschenswert

erscheine. Die Notwendigkeit dieser Erklärung habe ich nicht einsehen können. (Lebhafte Zustimmung.) Da ist dem Auslande nur näher gelegt worden: Sie können eigentlich verlangen was Sie wollen. Der Staatssekretär sagt: Wir werden uns vorbereiten, damit wir gerüstet sind. Das ist gut, wir wollen auch gerüstet sein. Wird aber das Rüstzeug nicht zeitig geliefert, so werden wir nicht in der Lage sein, dem wichtigsten Angriff des Auslandes zu begegnen. Ich habe nur eine Erklärung für die Stellungnahme der Regierung über die Zulassung des Reichesamtes, daß sie diesem Reichstage nicht zuträuf, daß er irgendeinen Befehl erteilt, der den wirtschaftlichen Interessen des deutschen Volkes gerecht wird. (Lebhafte Beifall und Säbelclatschen.) Wir können darin vielleicht die Tatsache erblicken, daß die Reichsleitung vor ihrem eigenen Rinde erschrickt, denn der Reichstag in seiner jetzigen Zusammensetzung, das heißt uns die ganze historische Entwicklung, ist allein die Frucht der Stellungnahme der Reichsleitung vor und bei den Wahlen. (Stürmische Zustimmung.) Im Reichstag haben ein Freirecht ausgeübt zu werden, die Parteien, die Rechte des Kaisers und der Reichsleitung anzugreifen. Auch im Abgeordnetenhause fehlt es nicht an Berichten, die die Militär in unserer Armee zu locken. Die letzten Verträge, die Stärke und Kraft unseres Heeres zu locken, sind nur die Folge jener kleinen Verträge, die schon bei Genehmigung der Wehrvorlage in den Resolutionen zum Ausdruck gekommen sind. In dieser Zeit trat ein Mann besonders hervor, ein Mann, der die Bewunderung selbst des Auslandes in vollem Maße erlangen hat, das ist der Oberst v. Rauter, ein Mann, der weiß, was er will, in einfacher Treue und Schlichtheit. (Minutenlanges stürmischer Beifall.) Es handelt sich bei diesen Angriffen, wie gesagt, um nichts anderes als um eine Schmälerung der Kommandoergänzung des Kaisers. Sollte vielleicht vornehmheit die Regierung Gelegenheit genommen, allen diesen Verträgen mit größter Entschiedenheit entgegenzutreten, was wären nicht um dem Standpunkte angegangen, auf dem wir bereits jetzt stehen. In Schwaben sind 30 000 Bauern vor ihrem König hingetreten und haben für den Ausbau des Heeres aus vaterländischer Begehrnis und nationalem Empfinden. Germanischer Natur ist dieses Gefühl und Empfinden. Auch wir Bauern treten heute vor unseren König hin und sagen: Wir wollen dich mit allen künftigen Männern kämpfen gegen den äußeren Feind und gegen den inneren. (Minutenlanges Beifall.) — Der Redner teilt dann mit, daß der Zirkus Schumann ebenso überfüllt und polizeilich abgeperrt ist wie der Zirkus Saitz. (Starker Beifall.)

## Deutsches Reich.

Der Kaiser beim Reichstag, 16. Februar.

Berlin, 16. Februar.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: S. M. der Kaiser und Königin v. M. die Kaiserin und Königin haben sich für Montag beim Reichstag und Frau von Beismann Hofweg zum Diner angefaßt. Hierzu haben Einladungen erhalten: Der königl. bairische Gesandte Graf v. Rosenfeld, der großherzogl. mecklenburgische Gesandte Freiherr v. Brandenstein und Gemahlin, der königl. sächs. Gesandte Freiherr v. Salza und Lichtenau und Gemahlin, der General der Infanterie und Generaladjutant v. Löwenfeld, der General der Kavallerie v. Hübel und Gemahlin, der Generaldirektor der königl. Bibliothek Wirlz. Geh. Rat Dr. v. Harnack und Gemahlin, die Hofstaatsdame v. M. der Kaiserin und Königin Fräulein v. Gersdorff, der Oberpräsident der Provinz Brandenburg v. D. Schulerburg und Gemahlin, Unterstaatssekretär Rajahindja, der brenntuente General v. la suite Generalmajor v. Gethius, der Kammerinspekt. v. M. der Kaiserin und Königin Kammerherr v. Spitzberg, der brenntuente Flügeladjutant Major v. Caprioli und Oberleutnant Freiherr v. Sell.

Reiseplan des Kaisers.

Der Kaiser wird am 2. März nach Wilhelmshaven zur Beobachtung der Marinerekruten reisen. Auf der Einfahrt wird der Kaiser einen tuxen Anwesenheit in Oldenburg nehmen, um dem Großherzog einen Besuch abzustatten. Die Vorbereitung findet am 4. März, mittags 12 Uhr, statt. Darauf nimmt der Kaiser an dem Frühstück in der Offizierskantine teil. Für den 6. und 7. März ist eine Fahrt nach Delosland geplant, wo der Kaiser den Fortschritt der Arbeiten der Bauarbeiten der Kaiserin besichtigen wird. Die Rückfahrt erfolgt über Bremerhaven und Bremen. Dort trifft der Kaiser am 7. März ein und wird einer Einladung des Senats zu einem Frühstück im Ratseller folgen. Die Ankunft des Kaisers in Berlin ist auf den 7. März abends festgesetzt.

König Ludwig über den Preußenstag. Beim Krieges- und Veteranen-Vereinsfest in München hat sich König Ludwig in einer Privatunterhaltung über den Preußenstag geäußert. Der König bemerkte in dieser Unterhaltung u. a., es sei bedauerlich gewesen, daß nachdem einmal die Verhandlungen des Preußenstages einem so eigenartigen Verlauf genommen hätten, niemand zum Einlenken geraten, und daß es verpaßt wurde, bei der ersten sich bietenden Gelegenheit die Entgegnungen noch während der Tagung selbst zu reifizieren.

Deutscher Schifferbund und Mittelstandsliga Hannover-Magdeburg. Der Deutsche Schifferbund beschloß sich in seinem jüngst zu Berlin abgehaltenen Generalversammlung auch mit dem Ausbau des Mittelstandsligas und faßte folgende Entschlüsse:

„Die Generalversammlung des Deutschen Schifferbundes richtet an die königliche Staatsregierung das Ersuchen, für den Weiterbau des Mittelstandsligas Hannover-Magdeburg mit

aller Energie einzutreten, in der Überzeugung, daß dieser Ausbau nicht nur für die Schifffahrt größere Erwerbsmöglichkeiten bietet, sondern daß der Weiterbau im Interesse des gesamten Volkswohls liegt.“

Abgeordneter Grun-Magdeburg nahm auch zu dieser Frage das Wort. Er wies darauf hin, daß der Überbau der früheren Kanalgegnung viel viel geringer als einst sei, und teilte mit, daß der Verein für den Ausbau des Mittelstandsligas seinen Vorsitz von Hannover nach Magdeburg verlegt habe.

## Parteinachrichten.

Ein Kreiswahlverband hat sich für den Wahlkreis Halle-Gotha gebildet. Ihm gehören alle im Wahlkreis bestehenden kreispolitischen Organisationen an. Die Wahl des Vorstandes für diesen Verband gelegentlich des am Sonntag in Halle abgehaltenen 1. Kreisverbandestages erwarb die Herren Reichmann W. v. H. v. Halle (Vorsitzender), Amtsgerichtsrat Dr. W. Müller v. Wobesin als dessen Stellvertreter, Kaufmann W. v. W. v. Halle als Schriftführer, Bankier E. Schörrer als Kassierer und Landtagsabgeordneter D. v. H. als Geschäftsführer. Nach einer Ergänzung der Satzungen wurde beschlossen, am Sonntag, den 14. Juni, in Hildesheim ein Sommerfest für den ganzen Wahlkreis zu veranstalten. Die Vorbereitungen des Festes wurde dem hiesigen Nationalausausschuß und dem Vorstand des Hildesheimer Dramatischen Vereins übertragen. Nach Abensung der Arbeitsgebiete für die einzelnen Dramatischen Verbände, demnach liberalen Wahlrechtsvereinigungen abzuhalten.

## Ausland.

Die Antwort der Türkei.

Die Türkei ist mit der Entscheidung der Großmächte in der Zinsfrage durchaus nicht einverstanden:

Der Text der Antwortnote der Türkei ist im Ministerrat festgesetzt und am Sonntag abend der Presse mitgeteilt, aber noch nicht den Botschaften übergeben worden. Die Note hat folgenden Wortlaut: Der unterzeichnete Großvezir und Minister des Auswärtigen des Sultans hat die Ehre, den Empfang der Kollektionen zu bekräftigen, die ihm die Botschafter Österreich-Ungarns, Italiens und Großbritannien sowie die Gesandten Frankreichs, Deutschlands und Russlands am 14. Februar übergeben haben. Als die Kaiserliche Regierung des Reiches die Mitteilung des Schahs von Griechenland bekräftigen zu bestimmen, hatte sie ihnen zu gleicher Zeit zu wiederholten Malen die Erwägungen höherer Art auszusprechen, die die Türkei derjenigen Türkei für sie unerlässlich machen, die in der Frage der Zinsfrage gelegen sind, wie bereits erwähnt, die einen integrierenden Bestandteil der asiatischen Bestimmungen des Reiches bilden. Die Kaiserliche Regierung war also der festen Hoffnung, daß die Mächte ihr Mandat bekräftigen würden, um der Zinsfrage eine dem wohlüberlegten Interesse der beteiligten Parteien entsprechende Lösung zu geben. Mit lebhaftem Bedauern stellt sie fest, daß die Mächte die Lebensinteressen des türkischen Reiches nicht genügend in Rechnung zogen und diese Frage nicht lösen zu können. In dem die Kaiserliche Regierung von der Entscheidung der sechs Mächte bezüglich der Zurückgabe der Inseln Imbros, Tenedos und Cassellor jetzt Kenntnis nimmt, wird sie, ihrer Pflichten bewußt und die Wohltaten des Friedens nach ihrem hohen Werte schätzend, sich bemühen, ihre gerechten und legitimen Forderungen zu Geltung zu bringen.

Dr. Danew droht.

Aus Sofia wird berichtet: Dr. Danew veröffentlicht in einer Zeitung eine Erklärung, wonach er für den Fall, daß die Minister gegen ihn vorgehen werde, die mit der Veröffentlichung von Dokumenten vorgehen werde, die den König Ferdinand schwer kompromittieren.

Das Kaiserliche Schloß in Durazzo.

Eine interessante Beschreibung des aussergewöhnlichen Palastes des Prinzen zu Wien in Durazzo veröffentlicht die „Tribuna“. Das Palast, dessen Bauarbeiten durch Photographien nachgeprüft, erklärt, daß dieser sogenannte Palast ein Versteck für alles überflüssig, was man sich vorstellen kann. Er hat aus Schmuck und das einfachste Bauwerk besitzt mehr Luxus und Komfort. Die Arbeiter, die mit den Restaurierungsarbeiten beauftragt waren, haben noch nicht das geringste geändert. Das ganze Gebäude steht aus einer zerfallenen Mauer, in der noch einmal ein Bettler, schwache denn ein Prinz Unterkunft nehmen würde. Weiter ist auch gar nicht an ein Unterbringen des zerfallenen Gebäudes zu denken, da in Durazzo andere öffentliche Gebäude nicht existieren.

Verzollung des deutschen Getreides bei der Einfuhr in Rußland.

Eine Konferenz des Kongresses der Industrie und des Handels in Petersburg erklärte die für zur Beurteilung vorgeschlagene Frage der Verzollung des nach Rußland und Finnland eingeführten ausländischen, d. h. deutschen Getreides für überflüssig. Der Zoll müsse binnen kurzem, jedenfalls nicht später als im August eingeführt werden. Da der Kongress der Industrie und des Handels einen nachgehenden Faktor für die Regierung bildet, so dürfte mit seiner Resolution die Zollfrage entschieden sein. — Das würde das Ende der Getreideinlaßfrage bedeuten.

Selbstmord des Justizministers des Staates Romberg.

Aus Romberg wird berichtet: Die Untersuchung über die Selbstmord des Justizministers in den hohen und heiligen des Staates Romberg hat heute ein überaus interessantes Ergebnis gesiegt. Der Justizminister John Remberg, auf dem bereits seit einiger Zeit der Verdacht der Befähigung ruhte, hat sich in seiner Villa in Buffalo die Kehle durchgeschnitten. — Remberg war vor einiger Zeit von dem Generalstaatsanwalt Widmann aufgefordert worden, sich Zeuge bei verhängenen Selbstmordprozessen zu erheben, doch hatte sich der Justizminister stets weigert. Es verlautet, daß der Anwalt infolge dessen höchstheftig gegen Remberg erloschen wollte. Die Nachricht hat in Remberger Kreisen großes Aufsehen erregt.

## Halle und Umgebung.

Dalle 17. Februar.

Stadtverordneten-Sitzung.

Halle, 16. Februar.

Zunächst wird die Wahl eines neuen Provinziallandtagsabgeordneten an Stelle des zurücktretenden Herrn Geheimsrats Prof. Dr. Schmidt-Rimpfer vorgenommen. Herr Döberzbergermeister Dr. Knie leitet die Wahlhandlung, Teilnehmer sind vom Magistrat die Herren Stadträte Hertel und

Deile, vom Stadtvorordnetenkollegium die Herren Pfaußh und Hobe. Es wählen dabei sowohl die Magistratsmitglieder wie die Stadtvorordneten. Es erhalten 60 Stimmen Herr Vorsteher Justizrat Dr. Lembert und 5 Stimmen Herr Redakteur Hennig. Herr Dr. Lembert ist somit gewählt. Damit ist die Wahl beendet.

Die Verhandlungen der regelmäßigen Stadtvorordnetenversammlung leitet an Stelle des zunächst nicht anwesenden Herrn Dr. Lembert Herr Justizrat Fröbner.

1. Herr St. G r a d e h a n d e r referiert über die Feststellung eines Gasleitungslohnens für Straßen, deren Ausbaukosten aus Abrechnung nach ortstatutarischen Grundbesitz kommen und für welche die Abrechnungsmöglichkeit in die Zeit nach dem 1. Januar 1909 fällt, bis auf weiteres auf 9 Mtr. pro laufenden Meter Grundstücksfront festgelegt. Zur Begründung ist zu sagen: Auf Grund eingehender Berechnungen haben sich die städtischen Körperparteien seinerzeit auf Basis der des Kuratoriums der Gaswerke in Unternehmerraten mit einem einheitlichen Kohnsatz von 14,50 Mark für die Beleuchtungseinrichtung der Straßen einverstanden erklärt. Dieser Satz kommt bisher nicht nur in Unternehmerraten, sondern auch in den Straßen zur Anwendung, über deren Kosten eine Abrechnung nach ortstatutarischen Grundbesitz zu erfolgen hat, ist aber für die letztere Kategorie von Straßen nicht aufrechtzuerhalten. In gleicher Weise, wie bei dem Kanalsatz von 50 Mtr., verhält sich die Berechnung des Gaslohnens insofern gegen das Fluchtlinienrecht, als nicht berücksichtigt worden ist, daß den Anliegern nur die Kosten der Einrichtung der Straßenbeleuchtung auferlegt werden dürfen. Der Satz enthält auch die durch den Privatkonsum anteilig verursachten Kosten des Rohrnetzes. Wie bei der Straßenentwässerung sind daher auch hier durch Schätzung die Kosten der Straßenbeleuchtung zu ermitteln. Der von der Verwaltung der Gaswerke angewandten Schätzungsart ist ein lediglich der Straßenbeleuchtung dienendes Rohrnetz von durchschnittlich 100 Millimeter Weite zugrunde gelegt. Die Berechnung ergibt unter Berücksichtigung des Rohrnetzes im Umfange von 1909 einen Einheitsatz von 9,08 Mtr. für den laufenden Meter Grundstücksfront. Der Magistrat empfiehlt, ihn bis auf weiteres auf 9 Mtr. festzusetzen. Dieser Satz würde, da sich das Rohrnetz naturgemäß erweitert, von Zeit zu Zeit einer Revision unterzogen werden müssen.

Der Referent bringt dabei gleich noch Punkt 2 vor:

### Feststellung eines Kanalsatzes.

Hier beantragt der Magistrat, 30 Mtr. pro laufenden Meter zu berechnen. Der Bauauschuss hat sich den Erklärungen des Magistrats im allgemeinen angeschlossen, nur beantragt er, daß die neuen Sätze sowohl hinsichtlich der Anschließungs- wie der Kanalbaufkosten für alle Straßen gleichmäßig zu gelten haben, und zwar an Gasleitungslohn 3 Mtr. pro laufenden Meter, an Kanalbaufkosten nur 25 Mtr. statt der beantragten 30 Mtr.

Herr St. G r o t z e als Referent des Haushaltsauschusses beantragt, demgegenüber die Sätze des Magistrats festzusetzen.

Herr St. G m e r e r: Ich habe immer auf dem Standpunkt gestanden, daß die Straßenausbauforderungen nicht zu hoch sind. Dadurch halten wir die Bautätigkeit hinten an und verschärfen die Wohnungsnot. Ich habe schon 1906, als man den Satz von 50 Mtr. wählte, protestiert; aber endlich nach sieben Jahren kommt der Bezirksauschuss dazu, zu sagen: das Dristatut nimmt viel zu hohe Sätze. Wie konnten unsere Juristen so etwas durchlassen? Wie konnte der Magistrat solche ungerechten Sätze in ein Dristatut aufnehmen, die er jetzt auf die Hälfte ermäßigen muß? Wie kann man Sätze hindurch solche Ungerechtigkeiten begehen können? Man hat zu bedenken, daß große Beträge inzwischen auf Grund dieses ungerechten Statutes erhoben worden sind. Da heißt es nun: die Beträge sind nicht wieder herauszugeben. Jedemfalls sollte der Magistrat sich bitten, solche Ungerechtigkeiten zu beheben. Das Stadtvorordnetenkollegium ist nicht zuständig. Durch die vorerwähnte Maßnahme ist das Wohnungsleben in besonderer Weise verschärft worden. Unseren Magistratsjuristen dürfte so etwas nicht unterlaufen: 100 Proz. hat der Magistrat den betreffenden Bürgern zuviel abgenommen. Der Antrag des Bauauschusses, der nur 25 Mtr. wünscht, ist besser als die Magistratsvorlage. Ich will mich annehmen.

Herr Stadtrat G r o t z e: Der Stadtbaurat wies i. Zt. dem Bauauschuss nach, daß wir kaum mit 50 Mtr. pro laufenden Meter Kanalkosten auskommen können. Darauf hat i. Zt. der Bauauschuss, dem ich i. Zt. noch angehörte, 30 Mtr. akzeptiert. Die Reduplizierung hat sich inzwischen geändert, es wird jetzt die Niederlagsmenge bei der Berechnung der Kanalkosten für die Anlieger zu ihren Gunsten mit berücksichtigt.

Herr Stadtrat F r e n z e l vertritt die Magistratsvorlage. Bei 25 Mtr. werde der Magistrat nicht auskommen; bei den Unternehmerraten werde er Geld zulegen, und das liegt nicht im Sinne der Sache. Herr St. E m m e r wünschte, daß wir die zuviel erhobenen Gelder zurückzahlen. Das können wir nicht, wenn die Betroffenen sich damit zufrieden gegeben und keinen Einspruch erhoben haben. Das ist genau wie bei den Steuern. Aber zu hoch verlangt ist und erhebt dagegen keinen Einspruch, der kriegt auch sein Geld zurück.

Herr St. G r a d e h a n d e r unterstützt den Antrag des Bauauschusses. Recht hat Herr Emmer, wenn er sagt, daß viel Unrecht in der Sache geschieht ist. Der Redner führt mit Namen eine große Anzahl Fälle auf, wo mehr Straßenausbauforderungen erhoben sind, als die Stadt Kosten hatte. Die Stadt hat dabei sich nie eingelassen.

auf Kosten einzelner Bürger bereichert. Die Beträge lauten stets: Ich erkenne die Vorlage an unter Verzicht auf Rechnungslegung. Da sind wirklich außerordentliche Härten unterlaufen.

Herr St. B o e d e illustriert gleichfalls an einer Anzahl Beispielen die Ungerechtigkeiten des bisherigen Verfahrens. Wer nicht bezahlte, was verlangt wurde, der konnte nicht bauen. Es lag geradezu eine Bergewaltigung vor. Richtiger wäre es, wenn die Stadt den Bauunternehmern mehr entgegenkäme. Redner empfiehlt die Vorlage des Bauauschusses.

Herr St. G m e r e r plädiert nochmals für den Satz von 25 Mtr. pro laufenden Meter Kanalkosten. Durch die zu hohen Ausbauforderungen sind die Häuserpreise erhöht und darum auch die Mieten, das trifft vor allem auch die Armen und Armenkinder. Der Magistrat hat durch sein Verhalten die Mieten in 90 Fällen verteuert, anstatt die Bautätigkeit zu fördern und die Mieten dadurch günstig zu bein-

halten. Der Bauunternehmer Reindke konnte i. Zt. das große Quartier Kleinwohnungen an der Artillerieoffiziers, das er bauen wollte, nicht bauen, weil der Magistrat ihm nicht entgegen kam.

Herr Stadtbaurat L a m m e r s wendet sich gegen Herrn St. G r a d e h a n d e r. Bei den Bauplanpflanzungen sind allerdings Ersparnisse gemacht. Wir erheben für Bauplanpflanzungen einen bestimmten Satz. Nun kommt es aber vor, daß wir in der Nähe Mutterboden haben; den füllen wir dann ein, und aus diesem glücklichen Umstand ergibt sich ein Plus für die Stadt. Das ist doch besser, als wenn wir zusehen. Wenn wir jetzt den Kanalsatzlohn von 30 Mtr. pro Meter nehmen, so werden wir bei unserem großen Kanalnetz, da ja die Arbeitseisen teurer geworden sind, fast regelmäßig zusehen. Ich habe z. B. hier einen Fall. Da haben wir 50 Mtr. pro Meter Kanalkosten erhoben. Tatsächlich betragen die Kosten 42 Mtr. Wenn wir da 30 Mtr. verlangt hätten, so hätten wir 24 000 Mtr. zugelegt; bei 25 Mtr. wie der Bauauschuss will, würden wir 36 000 Mtr. für die in Rede stehenden Straßen zusehen. Daraus sieht man, wie große Kosten der Stadt eventuell entstehen können. Richtig ist es, daß billige Ausbauforderungen die Bautätigkeit anregen.

Herr St. H e r z a u nimmt den Haushaltsauschuss gegen den Vorschlag des Herrn Emmer in Schutz, der in der Sache flüchtig gearbeitet habe. Man habe alles reichlich erwogen. Die Herren Stadtbaurat Lammers und Stadtrat Frenzelt haben überzeugend nachgewiesen, daß wir mit 30 Mtr. kaum auskommen. Eine Erhöhung der Bautätigkeit und eine Verringerung der Mieten sei wohl aus jenem Satz von 50 Mtr. nicht herzuholen. Es sei im Ausbruch von Straßenteilen dargetan, daß der höhere Satz für ein Haus mit breiter Front nur eine Verteuerung des Hauses um 100 bis 120 Mtr. gebracht habe; danach könne man ersehen, wie groß der Einfluß des Satzes auf die Wohnungsmieten gewesen sein kann. Wenn Herr Boede den Grund und Boden gleichstellt mit einer Ware im Warenhaus, so sei der Vergleich abzulehnen; denn dabei übersehe Herr Boede vollständig die große soziale Wichtigkeit, die dem Grund und Boden für die Öffentlichkeit zukommt.

Herr St. S c h r a m m tritt für den Magistratsantrag ein. Es entpfehe der Förderung der Billigkeit, für die Unternehmerraten 5 Mtr. mehr zu berechnen, als für die Regiestrassen.

Herr St. K a l l m e y e r hebt nochmals hervor, daß nach der Entscheidung des Bezirksauschusses nur der Selbstlohn im Höchstmaß erhoben werden darf. Wird mehr erhoben, so ist das ungesetzlich. Die Stadt hat hinsichtlich der Lindenstraße nur in 17 Punkten Recht bekommen, in 62 Punkten aber Unrecht. Die Kosten sind in demselben Verhältnis verteilt.

Bei der Abstimmung wird hinsichtlich des Punktes 1 Gasleitungslohn der Magistratsvorlage mit geringer Änderung angenommen, Punkt 2 aber im Sinne des Bauauschusses, wonach

### der Kanalsatzlohn auf 25 Mtr. pro Frontmeter

festgelegt wird. 29 Stimmen für 25 Mtr., 22 für 30 Mtr. Für die Lindenstraße wird der Satz auf 21,50 Mtr. wie der Bezirksauschuss ihn anerkannt hat, angenommen. Alle Straßen, für die die Abrechnung noch aussteht, werden künftig mit dem Satz von 25 Mtr. eingestuft.

Punkt 3: Gehaltspetition der Magistratsassistenten wird später verhandelt.

4. Für den Kanalbau in der Dessauerstraße werden 31 000 Mtr. bewilligt. (Ref. Herren Stov. S c h u l z e und G r a d e h a n d e r.)

5. Für die Pflasterung der Dessauerstraße waren 19 500 Mark gefordert. Es sollen Baumpflanzungen hergestellt werden. Es ist notwendig, a) die Herstellung eines Moatens zwischen Dessauerweg und Halberstädter Eisenbahn, b) die Herstellung eines Moatens und einer Baumpflanzung auf dem östlichen Bürgersteig zwischen Halberstädter Eisenbahn und Friedhof, c) die Anlage eines Promenadenweges und Herstellung einer Baumpflanzung entlang dem neuen Friedhof zwischen Landrain und der Abzweigung des Weges nach Röhlich.

Die Vorlage wird angenommen. (Ref. Herren Stov. S c h u l z e und R i t t e r.)

6. Ueber die Kanalisierung und Reupflanzung des Kaiserweges referiert Herr Stadtrat S c h r a m m. Nachdem der Hauptalmplan in der Giechenseitenstraße fertiggestellt ist, kann auch der Kanal im Wasserweg, soweit es noch nicht geschehen, gebaut werden. In Mitteln werden gefordert a) für den Kanalbau in Höhe von 12 000 Mtr. aus dem Kanalanleihe, b) für die Regulierung und Reupflanzung im Betrage von 15 000 Mtr. Die Kosten gelangen später gemäß den ortstatutarischen Bestimmungen zur Einziehung und werden an die Anleihe zurückzuerstattet. Die Vorlage wird angenommen.

Punkt 7 betrifft den

### Ausbau der Döläuerstraße als Alleestraße bis zur Heide.

Durch Gemeindebeschluss vom 5. März 1910 wird für Regulierungsarbeiten und die Baumpflanzung in der Döläuerstraße zwischen dem Knoschigen Grundstück und der Straße G 25 200 Mtr. bewilligt worden. Von diesem Betrage sind noch 8360 Mtr. verfügbar. Inzwischen ist durch Veränderung der Fluchtlinie die Straßbreite gegenüber der Knoschenmühle ebenfalls auf 26 Meter festgelegt worden; auch hat die Stadtgemeinde dieses von dem fiskalischen Grundstück zur Döläuerstraße stadtinplanmäßig entfallende Land erworben, so daß es nunmehr möglich ist, die gesamten Erd- und Anpflanzungsarbeiten auf der ganzen Strecke von dem Knoschigen Grundstück bis zur Heide fertigzustellen. Der Magistrat hat ein Projekt aufstellen lassen. Es heißt die Herstellung eines provisorischen Heide- und eines provisorischen Promenadenweges vor, die Chauffierung soll einflussreich in ihrem jetzigen Zustande belassen werden. Die Baumpflanzung soll möglichst schon im Frühjahr ausgeführt werden. Die Kosten sind auf 42 000 Mtr. veranschlagt. Es wären daher die noch vorhandenen Geldmittel (8360 Mtr.) um 33 640 Mtr. zu vermindern. Da es sich um den Ausbau einer Straße als städtische Regiestraße handelt, sind die Kosten aus Anleihemitteln zu decken; soweit die Beträge zur Erstattung kommen, werden sie der Anleihe zugewandt. Die Versammlung stimmt zu. (Ref. Herren Stov. S c h r a m m und G r a d e h a n d e r.)

8. Herr St. M i c h e l referiert über den neuen Etat des Elektrizitätswerkes, den er im Sinne des Etatsauschusses zur Annahme empfiehlt.

Herr St. G e r i g wünscht eine Reform des Tarifs. Das Werk sage zwar, der Hallische Tarif sei der allerbeste der Welt, aber er habe auch viele Schwächen.

Herr St. R i t t e r: Der Tarif nötigt dazu, am Anfang April Tag und Nacht so viel Lampen zu brennen, daß der Zeitzähler läuft, damit erst die letzten 300 Stunden (zu 60 Hfr.) heruntergerechnet werden und nunmehr der billige Tarif in Kraft tritt. Das ist doch eine Vergewaltigung der Elektrizität, die verbraucht wird, ohne daß sie nötig war. Die Abnehmer haben aber noch den Nachteil, daß durch das rasche Herunterbrennen der 300 Stunden eine Garnitur Lampen einfach verbraucht wird, ohne daß das erforderlich war. Ich will gar nicht, daß das Werk irgendwelchen Nachteil erleidet; wir wollen ihr das selbe Geld für jene 300 Stunden bezahlen, aber wir wollen nicht gezwungen sein, die 300 Stunden nun und nimmer tatsächlich abzubrennen und unsere Lampen und Kohlenbänke zu verbrauchen, die doch, zumal insofern der Steuer viel Geld kosten. Redner formuliert einen Antrag, der den Magistrat ersucht, beim Elektrizitätswerk eine

### Tarifreform

in der Richtung der von ihm gemachten Ausführungen zu veranlassen.

Herr Stadtrat G r o t z e hält es nicht für möglich, daß das Elektrizitätswerk im Sinne des Antrages Ritter sich Strom begahlen läßt, den es nicht liefert. Aber das Kuratorium sei schon dabei, den Tarif zu prüfen.

Herr St. H e i n e: Wir wollen warten, bis uns die neuen Vorlesige gemacht werden. Aber den städtischen Instituten müßten wir jetzt schon einen besonderen Tarif machen. Auch sie verlangen so wie Private: sie brennen die 300 Stunden rasch herunter, ohne daß Bedarf ist. Die elektrische Energie, die die Stadt erzeugt, wird also von der Stadt wieder unnütz vernichtet. Da ist eine Veränderung nötig.

Herr St. H e r z f e l d: Der Tarif des Elektrizitätswerkes ist recht gut, aber wir müssen unterscheiden zwischen Privaten und Geschäftseulen. Die Geschäftseulen sind mit den 300 Brennstunden überl. daran; sie müssen während der Geschäftszeit, auch in der ersten Zeit während der 300 Brennstunden, möglichst alle Lampen brennen; der Privatmann kann sich das anders einrichten, er schaltet nur soviel ein, daß der Zähler läuft.

Der Etat des Elektrizitätswerkes wird angenommen. Auch der Antrag Ritter findet Genehmigung. 33 Stadtvorordnete stimmen dafür.

Danach wird noch der Etat der Straßenreinigung (Ref. Herr St. D ö b l e r) genehmigt.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung werden wegen vorgerückter Zeit vertagt.

### Der Leipzig-Saale-Kanal.

Die Leipziger Kanalgesellschaft, die eine Kanalverbindung zwischen Leipzig und der Saale bezweckt, hielt am Sonnabend ihren 5. Generalversammlung ab. Wie der Geschäftsbericht ergab, ist die Gesellschaft ihrem Ziele wieder einen bedeutenden Schritt näher gekommen. Sie wird zusammen mit der preussischen Elster-Saale-Kanalgesellschaft in Merseburg das Projekt der Errichtung eines Döberberges in der Saale-Niederung oberhalb und unterhalb der Kanallinie bearbeitet lassen.

Die preussischen Ministerien der öffentlichen Arbeiten und für Landwirtschaft haben ihr Interesse für die Kanalfrage nun dadurch betundet, daß sie sich auf Erlauchen der beiden Gesellschaften bereit erklärt haben, die Hälfte der etwas über 24 000 Mark betragenden Kosten zu übernehmen.

### In 10 Stunden von Berlin nach Stuttgart.

Zur Verbesserung der Zugverbindungen zwischen Berlin und Stuttgart soll mit dem 1. Mai d. S. ein neues hochmodernes Lokomotiv mit 1. und 2. Klasse eingesetzt werden. Es sollen die neuen Sätze nur die allerhöchsten Aufenthalt erhalten, so daß man in acht Stunden von Berlin nach Stuttgart gelangen wird. Der neue Zug wird Berlin kurz vor 8 Uhr morgens verlassen und schon vor 6 Uhr abends in Stuttgart eintrifft. Von Stuttgart nachwärts fährt man 1/2 Uhr nachmittags und kommt kurz vor 12 Uhr abends nach Berlin. Die Sätze nehmen den kürzesten Weg über Nürnberg, Regensburg und Stuttgart.

Die letzten Transsibirien Berlin-Stuttgart mit allen drei Klassen werden belassen; sie fahren etwa 12 Stunden.

### Ueber die Missionenkonferenz.

Die ausenländisch in Halle tagt, und ihre zahlreichen Veranstaltungen bringen wir einen zusammenfassenden Artikel.

Was haben die Deutsche Bund für Naturheilverfahren und seine Zweige bisher geschaffen? Unter dieser Überschrift stehen folgende Angaben mit der Bitte um Verköstlichung: a) Zwei gewohnheitliche Sanatorien, ca. 350 Luftbäder mit Epistelströmen, ca. 150 Familienartenanlagen mit 7500 einzelnen Ströbergärten, ca. 15 Ferienkolonien, 31 Kur- und Dampfbaueinrichtungen, 20 Kurbäder, 800 Vereinsbibliotheken, 500 Vereinsvereinigungen zum Verleihen von Badegegenständen. Zulammen brauchen die Naturheilverfahren gegen 6 Millionen Mark für Einrichtungen im Dienste der Volksgesundheit auf. Ueber 100 Gemeindefürsorge- und Staatsbehörden unterstützen die Arbeiten der Naturheilverfahren mit haren Zuneigungen, Vachterleistungen für Land, Wasser usw.

Gewerkeverein erwerbender Frauen. Am Sonntag, den 22. d. Mts., abends 6 Uhr, feiert der Gewerkeverein der erwerbenden Frauen und Mädchen sein Faltmadrückfest im Mosarplatz, Weinplatz 20. Galle wird willkommen. Am 22. März, nachmittags 5 Uhr, Kneigt-Quiz-Beter mit Luftspiel-Aufführungen.

### Kirchliche Nachrichten.

St. Ulrich. Mittwoch, den 18. Februar, nachm. 4 1/2 Uhr, Missionen Kindererziehungs, Missionar Gelehen.

### Provincial-Nachrichten.

Zwei Güterzüge zusammengefallen. Merseburg, 16. Febr. Auf dem biesigen Güterbahnhof ereignete sich heute dornittags kurz vor 8 Uhr ein Zusammenstoß zweier Güterzüge, der sehr erheblichen Materialschaden im Gefolge hatte. Menschen wurden glücklicherweise nicht verletzt. Ein Bremser überlebte allerdings in Lebensgefahr, konnte aber un-

### Schultheiss

Merseburgerstraße.

Heute Dienstag Schachtelfest.



Handel, Gewerbe u. Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.“)

3 Uhr 10 Minuten. Kredit 207,50, Diskonto 198, Deutsche Bank 260,75, Türken 169,50, Lombard 22,75, Krassa 221,50, ...

Am Kassamarkt notierten hiesiger: Deutsche Schachb.-Ges. 450, Kieler Schlossbrauerei 3, Bruch & Masch. 350, J. A. John 4, ...

Zum Kursnotiert, 16. Februar. 4% Badische Staats-Anleihe 0900 u. 18. 17. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. ...

Löndener Börse vom 16. Febr. Es notierten: Engl. Konsols 7,70, Rio Tinto 72,12, Geduld 1,37, Goldfields 2,19, Steel com 39,00, ...

Der Kalt-Kuxenmarkt.

Berlin, den 16. Februar.

Table with columns: Kauf, Verk., and various commodity names like Alexandershall, Bergmannsgraben, Barbach, etc.

Vom internationalen Zuckermarkt.

Bei ruhiger Tendenz, die von stetigem Unterton begleitet war, blieb der Güterverkehr an den Zuckermärkten recht zünftig, und nur an einigen Tagen kamen größere Geschäfte zu...

Die Statistik zeigt folgende Veränderungen: Der Hamburger Lagerbestand verminderte sich um 8400 Sack (gegen 41700 Sack Abnahme in der entsprechenden Woche des Vorjahres) und...

Am Kornzuckermarkt war die Tendenz durchweg ruhig. Infolge der Zurückhaltung der Rohzuckerproduzenten beim Verkauf konnte im Berichtsauschnitt eine Preissteigerung um 2 1/2 Pfg. pro Zentner erzielt werden.

Verkäufe zu vollen Preisen vorzunehmen. Nachprodukte wurden von den Inlandraffinerien aufgenommen und ebenfalls mit 2 1/2 Pfg. pro Zentner höheren Preisen bewertet.

Am Terminmarkt blieben die Schwankungen geringfügig. Die Geschäfte beschränkt. Anfangs gingen die Preise etwas zurück, dann infolge einiger Eindeckungen aber wieder nach oben, und nach abnormalem geringem Rückgang ergibt sich schließlich ein Wochengewinn von 2 1/2 Pfg. pro Zentner.

Berlin, 16. Februar. Die Dividende der Reichsbank soll mit 8,42 Proz. vorgeschlagen werden. Braunschweiger Privatbank Akt.-Ges. In dem am 31. Dezbr. abgelaufenen Geschäftsjahre erbrachten Effekten- und Konsortialgeschäfte 208 189 (239 084) Mk., Wechsel 253 410 (194 144) Mk., Devisen 7529 (5713) Mk., Kupons und Sorten 7232 (6447) Mk., Zinsen 325 347 (292 217) Mk. und Provisionen 173 603 (162 782) Mk.

Kallabsatz. Wie man hört, hat der Februar bei lebhaftem Geschäftsgang sich so günstig entwickelt, dass für Februar ein Plus von 3 1/2 Mill. Mk. erwartet werden kann. Demgegenüber steht das Minus im Januar mit 1,2 Mill. Mk., so dass per 1. März ein Absatzmehrwert von gut 2 Mill. Mk. zu erwarten steht.

Magdeburger Bergwerks-Akt.-Ges. Der Aufsichtsrat beschloss, der zum 1. März einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 38 (37) Proz. bei als reichlich bezeichneten Abschreibungen (i. V. 281 933 Mk.) und Rücklagen vorzuschlagen.

Kohlenkunde im bayerischen Algäu. Bei Oberstaufen im bayerischen Algäu, wo die norddeutsche Gewerkschaft „Staufen I“ umfangreiche Bohrungen vorgenommen hat, ist Festlandkohle hervorragender Qualität in befriedigenden Mengen gefunden worden.

Metall-Industrie Schönebeck Akt.-Ges. in Schönebeck a. E. Der Bericht des Vorstandes stellt für das abgelaufene Semester einen befriedigenden Geschäftsgang fest. Der Umsatz ist bis jetzt um ca. 12 Proz. höher als zur gleichen Zeit im Vorjahre.

Neueröffnete Konkurse. Kaufmann P. Schickel, Berlin-Wilmersdorf, Alois Soldermann, Ballersdorf, Braumeister August Grauert v. Baruth, Kaufmann G. Goetz, Briesen, Kaufmann A. Wegener, Polsum, Gemischtwarenhändler Otto Jacobasch, Mückenberg, Warenhaus Kander G. m. b. H., Essen, Händler Josef Wolf, Graudenz, Photograf R. Dieritz, Hagen, Schneider F. J. Lindau, Heideberg, Fa. Gebr. Senger, Herne, Händler Jos. Dufort, St. Ludwig, Fa. Schweitzer & Ewig, Grüne, Kaufmann Jos. Lachmann, Antonienhütte, Schuhwarenhändler Fr. Weiler, Hoch-Emmerich, Kaufmann E. Loewenherz, München, Kaufmann H. Diem, Nürnberg, Mühlenbesitzer W. R. Glöckner, Oberseifenbach, Linsendruckerei K. H. Richter, Villingen, Kaufmann Fr. Backer, Schlebusch, Gasthofbesitzer G. Kaufmann, Ostrowo, Schuhfabrik Fr. S. D. Swart, Plauen, Drogist Oskar Alexander Weber, Plauen, Drogist Georg Wilczek, Ratibor, Schneidermeister Hermann Lodroner, Rothlitzheim, Kaufmann Georg Okroske, Gradow, Seiler-Verlag M. Wanz, Strassburg, Kaufmann F. Schumacher, Wittgau, Uhrenfabrik Villingen Akt.-Ges., Villingen, Molkeerzeugerin Witwe M. Wessel, Gr.-Nühr.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse, 16. Februar. Am Frühmarkt notieren Weizen mittel, 184,00—187,00 ab Bahn u. frei Mühle, Roggen loco 151,00, — ab Bahn u. frei Mühle, Hafer, holländischer, mecklenburger, russischer, preussischer, russischer und schlesischer (in 187—182, mittel 158—166, gering — ab russisch, und Donau mittel —, gering — — ab Bahn und frei Wagen, Mais, amer. mix. 169,00—172,00, Donau mix. 160,00—163,00, runder 147—151 frei Wagen, Gerste, inländ Futtergerste, mittel und gering 142—149, ganz 147,00—150,00, russische und Donau letztere 143—156, schwere 137,00—145,00 ab Bahn und frei Wagen, Erbsen, inländische u. ausländische Futtermittel 160—168, Taubenerbsen 169—192 ab Bahn u. frei Wagen, Weizenmehl 00 21,75—27,00, Roggenmehl 0 und 1 18,70—21,50, Weizenklein 10,50—11,10, Roggenklein 10,00—10,60, Lupinen, blau —, gelbe —, Wicken, grün —, weiß —, gelb —.

Hamburg, 16. Februar. (Getreidemarkt). Weizen ruhig ostholsteiner und mecklenburger 187—194,00, Roggen ruhig mecklenburger u. altmärk. neuer 169—159,00, russ. etc. 170/10/15 Dez.-Jan. 115/50, Gerste stetig, sibir. etc. Jan. 109/50, Hafer ruhig, neuer holsteiner und mecklenburger 156—162, Mais, ruhig, amerik. mixt, etc. per Jan.-April —, La Plata etc. neuer April-Mai 104,00.

Budapest, 16. Februar. Weizen, Tendenz stetig, per April 12,4 Mai 11,94, Oktbr. 11,94, Roggen, Tendenz fest, per April 7,7, Oktbr. 7,75, Mais, Tendenz stetig, per Mai 6,72, Juli 6,85, Raps, Tendenz ruhig, August 15,90.

Magdeburg, 16. Februar. Abend-Kurse, Februar 9,32 1/2, März 9,37 1/2, April 9,42 1/2, Mai 9,65, August 9,77 1/2, Oktbr.-Dezbr. 9,52 1/2, Tendenz ruhig.

Hamburg, 16. Februar. Kaffeezucker, 1. Prod., Basis 88% Rendement neue Usance, fest ab Bord Hamburg, vorm. nachm. abends, per Februar 9,35 9,85 9,35 M., März 9,37 1/2 9,87 1/2, April 9,42 1/2 9,92 1/2, Mai 9,45 9,95 9,45 M., Juni 9,48 9,98 9,48 M., Juli 9,51 10,01 9,51 M., August 9,54 10,04 9,54 M., Okt.-Dez. 9,57 10,07 9,57 M.

Halle, 16. Februar. Godo average Santos vorm. nachm. abends, per März 50,35 G. 50,25 G. 50,00 G., Mai 51,90 G. 51,00 G. 50,75 G., September 52,50 G. 52,00 G. 52,00 G., Dezember 52,75 G. 52,75 G. 52,50 G. ruhig ruhig

Kartoffelmehl und Stärke. Magdeburg, 16. Februar. Prima Kartoffelmehl und Mehl für 100 kg 18,50—19,00. Still.

Berlin, 16. Febr. Eifer Schock Vollfr. ausländ. Sorten — — — sibir. erste Sorten — — — M. in- und ausländ. bessere Sorten 5,50—5,30, in- und ausländische geringere Sorten 4,70—4,80, Kalkjeer — — —, kleine Eifer 4,40—4,50, Kühhühner — — — Tendenz: Flau.

Spiritus. Nordhausen, 16. Febr. Branntwein 35 Vol. Proz. für 100 kg (104—105 l) 81,75—82,75 M., do 40 Vol. Proz. für 100 kg (105 bis 106 l) 92,50—93,75 M., per loko 12 19 ohne Fass ab Brennerol.

Fettwaren und Öle. Originalbericht von Gebr. Gause. Berlin, den 14. Februar 1914.

Butter: Das Geschäft bleibt trotz der letzten Ermässigung der Notierung schleppend, und konnten nur allereinsten Qualitäten zu unveränderten Preisen placiert werden. Russische Butter ist nach wie vor wenig begehrt. Die heutigen Notierungen sind: Hof- und Genossenschaftsbutter Ia Qualität 123—126—128 Mk., do. Ia Qualität 120—126 Mk. — Schmalz: Matiere Schweine- und mangelnde Kauflust lassen die amerikanischen Fettwarenmärkte in schwacher Tendenz, bei etwas ermäßigten Preisen verkehren. Hier dürfte der Preisrückgang bald Meinungskäufe zur Deckung des Frühjahrbedarfs herbeiführen. Die heutigen Notierungen sind: Choice Western Steam 61,75—62,75 Mk., amer. Tafelschmalz Borussia 64 Mk., Berliner Stadtschmalz Krone 63—68 Mk., Berliner Bratenschmalz Kornblume 64 bis 68 Mk. — Speck: Ruhig.

Köln, 16. Februar. Rüböl per loko 69,00, per Mai 66,50. Hamburg, 16. Febr. Stadtschmalz 63,50, amerikan. Steam 54,00, Chamberlain 55,25. Tendenz fest.

Chemische Produkte. Hamburg, 16. Febr. Chlorsäure per loko 10,25, Febr. März 10,25, frei Fahrzeug Hamburg. Tendenz: fest.

Wolle. Bremen, 16. Februar. Baumwolle Upl. loko midd. 64,00. Liverpool, 16. Febr. Aegypt. Baumwolle per März 9,18. Liverpool, 16. Februar. Baumwolle, Umsatz 8000 Ballen, Import: 2000 Ballen, davon amer. Liefgr. 2 000 Ballen. Alexandria, 16. Februar. Aegyptische Baumwolle per März 17,27, Mai 18,02, Novbr. 18,07.

Metalle. London, 16. Febr. Chili-Kupfer, Blage, 65 1/2, 8 Mon. 69 1/2, Zinn, Straits, ruhig 183 1/2, 3 Mon. 185 1/2, 3 Mon. ruhig 183 1/2, engl. 19 1/2, Zink, gute Marke, ruhig 21 1/2, spez. Marke 22 1/2.

Amerikanische Warenmärkte.

Table with columns: New York, 16. 2. 14. 2. 16. 2. 14. 2. and various commodity prices like Weizen, Mais, Hafer, etc.

Schiffsnachrichten.

Hamburg-Amerika-Linie. (Bureau in Halle: Georg Seiffert, Bernburgerstr. 33.) Nordamerika: Dortmund, von New Orleans, 12. Febr. 5 Uhr 30 Min. nachm. in Hamburg. Elbe nach Savannah, 12. Febr. in Boston. Graf Waldersee, von New York, 12. Febr. 5 Uhr 10 Min. nachm. auf der Elbe. Kaiserin Auguste Viktoria, 12. Febr. von New York über Cherbourg und Southampton nach Hamburg. President Lincoln, nach New York, 12. Febr. von Southampton. Westindien, Mexiko: Niederwald, 12. Febr. in St. Thomas. Wasgenwald, 12. Febr. von Veracruz, ausgehend. — Südamerika, Westküste Americas: Silvia, von dem La Plata, 11. Febr. von Funchal. Salamanca, 12. Febr. in Santos. Palatia, nach Südbrasilien, 12. Febr. von Oporto. Artemisia, nach der Westküste Americas, 12. Febr. in Nordenham. Batavia, von dem La Plata, 13. Febr. 12 Uhr 30 Min. morgens auf der Elbe. — Verschiedene Fahrten: Kurmark, von Indien, 11. Febr. von Port Said nach Hamburg. Lome, 11. Febr. von Grand Bassam. Togo, von Westafrika, 11. Febr. von Las Palmas. Cleveland, Orient- und Indienfahrt, 12. Febr. abends in Saup. Edea, 12. Febr. von Lome, leimkehrend. Vergnügungsdampfer Meteor, zweite Mittelmeerfahrt, 12. Febr. mittags in Algier. Phoenicia, von Flensburg, 12. Febr. 4 Uhr nachm. in Hamburg. Rhenania, nach Afrika, 12. Febr. nachts in Vlissingen.

Wasserstände.

Table with columns: Saale und Unstrut, Fall, Wuchs and various water level data for different locations.

Table with columns: Februar | Fall, Wuchs and February | Fall, Wuchs and various water level data for different locations.

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dand; für den kritischen Teil, für Korrespondenzen, Gericht, Handel, Eisenbahn, etc.: Pauline Bernhardt; für den literarischen Teil: Dr. Carl Baur; für den Anzeigen-Teil: Albert Baur; Druck und Verlag von Otto Hendel, Gemüthlich in Halle. — Aufzügen an die Redaktion, Briefe, Einlagen usw. sind bitte an die Redaktion der „Saale-Zeitung“, nicht an die Adresse einzelner Redakteure zu richten. — Diese Nummer umfasst 8 Seiten — einschließlich Unterhaltungsblatt.

Main table containing financial data, stock prices, and exchange rates. Columns include various stock symbols, prices, and exchange rates for different currencies.

Vertical text on the right margin, possibly a page number or additional notes.